

Diese Kopie wird nur zur rein persönlichen Information überlassen.
Jede Form der Vervielfältigung oder Verwertung bedarf der
ausdrücklichen vorherigen Genehmigung des Urhebers © by the
author

S Ü D W E S T R U N D F U N K
F S - I N L A N D
R E P O R T M A I N Z

S E N D U N G:

13.09.2016

<http://www.reportmainz.de>

Autorengespräch: Der alltägliche Kampf von Eltern mit Behinderung

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Bei mir im Studio jetzt zwei Kolleginnen und Kollegen aus der
REPORT-Redaktion, Monika Anthes und Oliver Heinsch. Sie haben
den Beitrag produziert – „Kind gesund, Eltern beeinträchtigt: Der
alltägliche Kampf von Eltern mit Behinderung“.

Frau Anthes, was mir in Ihrem Beitrag besonders aufgefallen ist, was
mich auch berührt hat, war die Angst der Eltern mit Behinderungen,
dass das Jugendamt ihnen das Kind wegnehmen könnte, wenn sie
zu sehr um Hilfe bitten. Wie berechtigt ist diese Angst?

Monika Anthes, Autorin:

Also diese Angst wurde uns in der Recherche immer wieder erzählt,
also sowohl von den Betroffenen als auch von den
Betroffenenverbänden, als auch von der Wissenschaftlerin, die wir ja
auch im Beitrag hatten.

Also das ist schon allgegenwärtig. Und man kann es sich auch
vorstellen. Natürlich muss ein Jugendamt immer auch schauen: Ist
das Kindeswohl gefährdet?

Und wenn ich dann zum Jugendamt gehe und sage: Ich kann dies
nicht wegen meiner Behinderung und das nicht, dann schwingt

natürlich immer ja die Angst mit: Ja, sind Sie denn überhaupt in der Lage, Ihr Kind tatsächlich sicher zu betreuen?
Von daher ist diese Angst berechtigt und es ist tatsächlich ein Dilemma für die Betroffenen.

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Und man hat den Eindruck, dass es natürlich ganz stark Stress verursacht.

Oliver Heinsch, Autor:

Ja, also wenn man bei den Betroffenen dann ist und da dreht und mit denen spricht, dann spürt man so richtig die Angst, die sie wirklich umtreibt, die immer dahinter ist, ist die Angst, dass möglicherweise die Kinder am Ende ihnen weggenommen werden.

Und das ist eben nicht unrealistisch. Wir sind bei unserer Recherche auf einen Fall gestoßen, wo eine körperbehinderte Frau das Kind nicht behalten durfte nach der Geburt, weil man auch sagte: Das ist zu gefährlich.

Und sie hat den Rechtsweg gehen müssen. Sie hat geklagt, sie hat Recht bekommen. Sie durfte das Kind zurück bekommen – nach drei Jahren.

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Woran liegt das, das habe ich ja in Ihrem Beitrag gelernt, dass Eltern mit Behinderungen immer so ganz schnell zwischen die Stühle geraten, zwischen Zuständigkeiten geraten. Woran liegt das?

Oliver Heinsch, Autor:

Im Grunde genommen liegt es daran, dass es zu viele Stühle gibt, zu viele Kästchen. Also es gibt das Jugendamt, das ist dann für die Bedürfnisse der Kinder vor allem zuständig. Es gibt das Sozialamt, das ist irgendwie eher für den Unterhalt zuständig.

Da gibt es noch Pflegekasse, Krankenversicherung, die sind auch für Teile der Probleme zuständig. Aber es gibt kein Familienamt, es gibt nicht den Stuhl, wo jemand sitzt, der für die ganze Familie zuständig ist und guckt: Wie geht es der Familie?

Und so kommt es dann zu den Situationen, dass die Betroffenen zu der ersten Behörde hingehen, die dann eigentlich für die Behinderung, für die Eingliederung zuständig ist, die dann sagt: Ja,

ja, wir können für Sie was leisten, aber das Kind ist ja nicht behindert. Gehen Sie mal zu der Behörde für die Kinder, also zum Jugendamt in der Regel.

Das Jugendamt sagt dann: Na ja, aber das Kind hat ja gar keine Probleme. Es liegt nur daran, dass Sie behindert sind. Gehen Sie mal zu der Behörde, die für die Behinderten zuständig ist.

Und so führt das zu Situationen, wo sie dann völlig, als Mensch mit Beeinträchtigung, zwischen alle Stühle fallen, durch alle Raster fallen. Und was schon erstaunlich ist, ist, dass dann in manchen Fällen – wie bei Frau Springmann – am Ende ganz viele Behörden gesehen haben, hier gibt es ein Problem, und es gibt eigentlich keine Lösung, aber alle das Gefühl haben: Wir haben bürokratisch alles abgearbeitet, und dann passiert nichts mehr.

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Was müsste sich ändern?

Monika Anthes, Autorin:

Ja, letztlich, denke ich, es muss sich in den Köpfen was ändern. Es muss sich in der Mentalität, in der Grundeinstellung solchen Familien gegenüber was ändern.

Wir haben in dem Beitrag gesagt: Es ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch, auch Menschen mit Beeinträchtigungen, mit Behinderungen, haben ein Recht auf Familie und Kinder.

Und wenn die Behörden das mal verinnerlichen würden und sagen würden: Wir müssen die unterstützen. Wir müssen diesem Kind ein Aufwachsen bei seinen liebenden Eltern – man hat es ja auch, finde ich, gesehen: Diese Eltern lieben ihre Kinder! Sie wollen mit denen zusammen sein, sie wollen sie aufwachsen sehen und begleiten.

Sie brauchen halt etwas Unterstützung. Und da muss es sich meiner Meinung nach vor allen Dingen in der Köpfen etwas ändern und dann natürlich auch strukturell.

Also wir haben zum Beispiel, das hat auch die Studie aus Leipzig ergeben, dass 80 Prozent der Behörden ja gar keine Zuständigkeiten in ihren Häusern haben. Es gibt keine Abteilungen, die sich damit beschäftigen. Die Mitarbeiter haben einfach dieses Ressort nicht. Also das ist ein weiterer Punkt.

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Ich komme auf einen sensiblen Aspekt: Ist Ihnen denn bei der Recherche der Gedanke begegnet: Na ja, Eltern mit Behinderung, die sind ein Stück weit selbst schuld. Sie haben selbst verschuldet die Situation, in die sie hineingeraten sind. Und ist das vielleicht auch in den Köpfen noch drin?

Oliver Heinsch, Autor:

Ja, das ist etwas, was wir nur berichten können aus dem, was uns die Betroffenen dann eben erzählen, aber wir haben ja mit vielen gesprochen und eigentlich alle, übrigens auch die Wissenschaftler und Verbände sagen, dass dieser Gedanke – na ja, mussten die denn jetzt auch noch Kinder kriegen? – dass das nicht nur bei den Nachbarn und im Supermarkt an der Kasse, wo es mal länger dauert, bei vielen auch gesagt wird, sondern auch bei den Behörden durchaus im Hintergrund, so im Hinterkopf mitspielt.

Und dann sagt man: Ja, gut, die sind doch selbst schuld. Das ist doch selbstverschuldetes Problem, nicht? Und es gibt ja tatsächlich, in anderen Bereichen der Sozialgesetzgebung gibt es ja sowas – selbstverschuldete Situationen, kriegst du keine Hilfe.

Aber hier geht es eben nicht darum, dass die Menschen daran schuld sind, Kinder zu kriegen, sondern dass sie ein Recht haben, Kinder zu kriegen.

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Stichwort Recht. Ein Stichwort Ihres Beitrages ist das Bundesteilhabegesetz, was Ministerin Nahles jetzt vorgelegt hat.

Die Formel in der Wahrnehmung lautet ein bisschen: Es ist gut gemeint, aber die Sorge ist doch stark ausgeprägt, dass es gut gemeint ist, aber letztlich nichts wirklich hilft, also die Missstände nicht wirklich abstellt.

Wer ist mit welchen Argumenten gegen dieses Gesetz in der jetzt vorliegenden Form?

Oliver Heinsch, Autor:

Ja, ich muss sagen, es sind nicht nur die Betroffenen selber und deren Verbände, also die behinderten Eltern, sondern es gibt eigentlich ein breites Bündnis – praktisch alle Sozialverbände, die sagen: Das ist es so noch nicht, das ist eigentlich nicht das, was wir brauchen.

Und es gibt auch Landespolitiker, die sich entsprechend äußern, Kommunen teilweise. Das sind wirklich viele. Und gut gemeint ist es sicherlich schon.

Es gibt ja durchaus Dinge, die positiv sind. Behinderte müssen sich jetzt nicht arm rechnen lassen und dürfen nur noch den Rest behalten. Es gibt größere Freibeträge. Das ist erst mal gut. Aber das kostet ja auch Geld.

Und nun hat man ganz viele Schlüpflöcher in diesem Gesetz aber gelassen, über die wir im Beitrag auch berichtet haben. Und diese Schlüpflöcher, die sind natürlich eine Einladung für die Kommunen, die das nicht so wohlwollend handhaben, zu sagen: Jetzt müssen wir zwar mehr zahlen, aber das holen wir woanders rein. Und das ist eine böse Falle, die da drohen könnte.

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Jetzt sind wir im Gesetzgebungsverfahren. Man weiß, glaube ich, noch nicht so ganz genau, ob es in der vorliegenden Form dann auch mal Wirklichkeit wird. Und vor allem: Wir wissen nicht, wie lange das dauert, aber wir können heute, Frau Anthes, vielleicht den Betroffenen, die uns heute zuschauen, einen Rat mit auf den Weg geben.

Monika Anthes, Autorin:

Also ich denke, man sollte sich auf jeden Fall genau informieren, bevor man auf das Amt zugeht. Es gibt eigentlich sehr gute Broschüren, zum Beispiel vom Bundesverband behinderter Eltern.

Einfach vorab informieren, vorab sich auch beraten lassen, es gibt auch Beratungstelefone, und dann gut vorbereitet auf das Amt zugehen. Dass die gleich merken, da ist jemand, der kennt seine Rechte, der hat sich vielleicht auch schon einmal überlegt: Welchen Bedarf habe ich? Was wünsche ich mir? Welche Hilfe brauche ich?

Und vielleicht sogar jemanden mitnehmen, also nicht alleine und kopflos in ein Amt laufen, sondern das gut vorbereiten. Und dann, würde ich sagen, hat man auch die Chance.

Und man hat eben auch, und das möchte ich nochmal betonen, auch das Recht darauf, sich helfen zu lassen, denn das, was wir da gesehen haben in diesen Familien, man kann das nur wünschen, dass man die unterstützt, dass die gemeinsam so ihr Leben leben können .

Fritz Frey, Moderator REPORT MAINZ:

Dann ihnen beiden vielen Dank! Wir behalten dieses Gesetzgebungsverfahren im Auge. Ja, und Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.